

Unentschiedener Wahlausgang in Uttar Pradesh

Thomas Bärthlein

Die mit Spannung erwarteten Landtagswahlen im bevölkerungsreichsten Unionsstaat Uttar Pradesh endeten mit einem klaren Rückschlag für die bis dato regierende BJP, aber gleichzeitig mit einem politischen Patt: Die drei stärksten Gruppierungen blockieren sich gegenseitig:

Wahlergebnis UP (Februar 2002):
(Quellen: Frontline, EPW)

Sitze insgesamt	BJP (und Verbündete)	Samajwadi Party (SP)	Bahujan Samaj Party (BSP)	Congress	Sonstige
403	109	145	99	25	25

Auf den ersten Blick ist das ein klarer Wahlsieg für Mulayam Singh Yadav von der oppositionellen *Samajwadi Party* (Sozialistische Partei), der vor allem von den mittleren Hindu-Kasten (OBCs) und Muslimen unterstützt wird. Aber keine der anderen drei Parteien will mit ihm koalieren.

Besonders das gute Ergebnis der BSP überraschte viele Beobachter. Die charismatische Dalit-Politikerin Mayawati hatte diesmal auch viele Kandidaten aus höheren Hindu-Kasten (32 wurden gewählt) und Muslime (sie stellen 15 BSP-Abgeordnete) aufgestellt. Die BSP schnitt vor allem im Westen UPs gut ab. Sie gewann drei Prozentpunkte hinzu auf 23 Prozent der Wählerstimmen. Auch die SP konnte ihren Anteil gegenüber den letzten Wahlen um drei Prozentpunkte steigern. Die Hindu-Nationalisten von der BJP wiederum verloren besonders in ihren Hochburgen im Osten. Nur noch 25 Prozent der Wähler stimmten in UP für die BJP, das ist das schlechteste Ergebnis in zwölf Jahren.

Die Zentralregierung hat Uttar Pradesh vorläufig unter direkte Administration aus

Delhi gestellt. Diese so genannte *President's Rule* muß aber bis Ende Mai von beiden Häusern des indischen Parlaments ratifiziert werden. Es ist unwahrscheinlich, daß die Länderkammer, die *Rajya Sabha* zustimmt. Dort hat die BJP-geführte Koalition keine Mehrheit, und der *Congress* wird ihr nicht helfen.

Die vorherrschende Rechtsmeinung ist, daß der Gouverneur den Chef der stärksten Landtagsfraktion mit der Regierungsbildung beauftragen müßte, wenn *President's Rule* aufgehoben wird. Das wäre also Mulayam Singh Yadav von der *Samajwadi Party*. BJP und BSP wollen das nun unbedingt vermeiden: Die BSP hat vor

allem Angst, daß dann nach gängigem Muster in Uttar Pradesh ihre eigenen Abgeordneten überlaufen und der SP zur Macht verhelfen könnten. Die BJP befürchtet dagegen, daß ein Chefminister Mulayam Singh juristische Schritte gegen führende Politiker ihrer Partei wegen der Zerstörung der Babri-Moschee in Ayodhya 1992 in die Wege leiten könnte. Daher liefen (zu Redaktionsschluß) hektische Verhandlungen zwischen BJP und BSP mit dem Ziel, doch noch eine gemeinsame Regierungsbildung zustande zu bekommen.

Einfach ist das nicht: Denn die örtlichen BJP-Größen mißtrauen Mayawati, die schon einmal eine Koalitionsregierung der beiden Parteien anführte. Die Kasten-Frage ist ein weiteres Problem: Mayawatis BSP steht für die Emanzipation der Dalits, während sich die Stammwählerschaft der BJP vor allem aus den oberen Kasten rekrutiert. Ein Bündnis mit der

Dalit-Partei könnte der BJP also weitere Sympathien kosten - kein gutes Vorzeichen für eventuelle Neuwahlen auf Landes- oder gar Bundesebene. Aber auch umgekehrt ist das Mißtrauen groß: Mayawati hat nicht vergessen, daß die BJP nach den letzten Landtagswahlen eine Spaltung in ihrer Fraktion betrieb und sich mit Hilfe der Überläufer eine Regierungsmehrheit sicherte. Allerdings hat Mayawati in den vergangenen Wochen auf Kritik an der BJP in Sachen Ayodhya und Gujarat auffälligerweise verzichtet - das spricht eindeutig dafür, daß sie auf die BJP-Unterstützung setzt, um wieder Chefministerin zu werden.

Alles in allem scheinen die unsichere Mehrheitslage und die persönlichen Animositäten zwischen den Protagonisten praktisch dafür zu garantieren, daß in UP auch in den kommenden Monaten konstruktive politische Arbeit unmöglich wird. Für einen Bundesstaat, der zwar groß, aber im nationalen Vergleich deutlich unterentwickelt ist (siehe auch das Länderportrait UP von Bernd Basting in dieser Ausgabe), keine rosigen Aussichten.

► **Zum Autor:** Thomas Bärthlein ist Redakteur der Deutschen Welle in Köln



Wahlsonntag in UP (Foto: Bernd Basting)